



NEWSLETTER 10/2014

FORUM|MIGRATION



© Marco2811 - Fotolia.com

Asylrecht unter Druck

Union setzt „sichere Herkunftsänder“ durch

Mit Verweis auf die Kriege in Syrien und dem Irak haben Union, SPD und Grüne das Asylrecht verschärft. Es gebe die „drängenden Probleme“ von Flüchtlingen aus diesen Ländern, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Debatte im Bundestag am 10. September 2014. „Deshalb müssen wir überlegen, wie können wir denen, die am meisten Hilfe brauchen, wirklich helfen.“ Danach erklärte die Bundesregierung Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu so genannten „sicheren Herkunftsändern“. Asylantragsteller aus diesen Staaten können künftig deutlich leichter abgeschoben werden. Die Grünen hatten sich im Bundesrat gegen die Neuregelung gesperrt. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann ließ das Gesetz jedoch passieren, nachdem das Bundeskanzleramt Erleichterungen in anderen Asylrechtsfragen angeboten hatte: Die so genannte Nachrangigkeitsregelung beim Arbeitsmarktzugang wird aufgehoben. Viele Asylsuchende und Geduldete können künftig nach 15 Monaten in Deutschland leichter Jobs annehmen. Sozialleistungen sollen künftig „vorrangig“ als Bargeld, statt als Gutscheine ausgegeben wer-

den. Zudem wird die generelle Residenzpflicht nach dem 4. Monat in Deutschland aufgehoben.

Zwischen Januar und August stellten 99.592 Menschen einen Antrag auf Asyl. Das sind fast 60 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Berlin schloss wegen des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen vorübergehend die Zentrale Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) brachte die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes ins Gespräch, um die Einreise von Flüchtlingen aus Italien zu verhindern. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) forderte, die Asylverfahren zu beschleunigen. Im August beschloss die Bundesregierung ein neues Asylbewerberleistungsgesetz. Sie erfüllte damit ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 2012. Ein alleinstehender erwachsener Flüchtling bekommt künftig rund 352 Euro pro Monat. Am Sachleistungsprinzip wird allerdings festgehalten – lediglich ein Teilbetrag wird in bar ausgezahlt. Auch künftig haben Asylbewerber und Geduldete nur Anspruch auf eingeschränkte medizinische Versorgung.

Appell: www.recht-auf-asyl.de/

INHALT 10/2014

Asylrecht unter Druck	1
Neues UN-Protokoll gegen Menschenhandel	2
Veranstaltungen	2
Mehr Stellen für Finanzkontrolle Schwarzarbeit	2
Miese Ausbildung verschärft Mangel	2
Arbeitslosen droht Ausweisung	3
Bundesregierung hält an Sprachtests fest	3
Serie von Brandanschlägen auf Moscheen	3
Ablehnungs-Rekord – Vorurteile gegen Sinti und Roma	3
Eine Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung – Gastkommentar von Anke Grotlüschen, Professorin für lebenslanges Lernen an der Universität Hamburg	4



Neues UN-Protokoll gegen Menschenhandel

Bessere Hilfe für die Opfer von Sklaverei

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll zur Bekämpfung der Zwangsarbeit verabschiedet. Das so genannte Kernarbeitsübereinkommen 29 wurde bei einer Versammlung in Genf von Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierten angenommen. Der bislang geltende Vertrag gegen Zwangsarbeit stammte aus dem Jahr 1930. Er wird durch das neue Abkommen modernisiert. Auch Menschenhandel wird jetzt von dem Dokument erfasst.



© annaia - photocase.de

Die Regierungen werden darin aufgefordert „zugängliche Beschwerdemechanismen“ gegen Zwangsarbeit zu schaffen. Insbesondere soll der Schutz von Migranten, auch solcher mit irregulärem Status, verbessert werden. Opfer von Zwangsarbeit, die ihre Ausbeuter anzeigen, sollen effektiv vor Vergeltungsmaßnahmen bewahrt werden. Sie sollen Zugang zu Unterkunft und Versorgung sowie Rehabilitations-

maßnahmen bekommen – und zwar „unabhängig von der Bereitschaft des Opfers zur Zusammenarbeit in Strafverfahren“.

ILO-Generaldirektor Guy Ryder sagte, das Protokoll sei „ein klares Einverständnis zwischen Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zur Abschaffung bestehender Formen der Sklaverei“.

Sexuelle Ausbeutung und Zwangsarbeit in Privathaushalten und in der Privatwirtschaft bringen den Auftraggebern nach ILO-Schätzungen jedes Jahr umgerechnet 110 Milliarden Euro ein. Weltweit arbeiten fast 21 Millionen Menschen unter Zwang, 5,5 Millionen von ihnen sind Kinder. 90 Prozent aller Zwangsarbeiter werden in der Privatwirtschaft ausbeutet.

Veranstaltungen

Train the Trainer:

Ausbeutung und Lohndumping verhindern

Zurückgeholtene Löhne, Arbeitszeiten bis zu 24 Stunden, Unterkunft in Baracken – aus fast allen Branchen mehren sich Berichte über Ausbeutung, insbesondere von Beschäftigten aus anderen europäischen Ländern. Mittels Lohndumping über Werkverträge und Leiharbeit wird enormer Druck auf die Stammbelegschaft ausgeübt. Wie können Betriebsräte und Gewerkschaften auf die Situation reagieren?

11.–13. November 2014

DGB Tagungszentrum Hattingen

www.migration-online.de/beitrag_aWQ90TQ50Q_.html

Arbeitsmarktpolitische Fachgespräche für Jobcenter

24.10.2014, 10.30 bis 16.00 Uhr

DGB Tagungszentrum Düsseldorf

[www.migration-online.de/2014_Fachgespraeches_Oktober](http://www.migration-online.de/2014_Fachgespraeche_Oktober)

Woche der Weiterbildung – bundesweites Auswertungs- und Vorbereitungstreffen

07.11.2014, 10.30 bis 16.00 Uhr

DGB Tagungszentrum Düsseldorf

www.migration-online.de/2014_WdW

Tagung – Die betriebliche Praxis der Anerkennung, Erfolge, Hürden und Herausforderungen

14.11.2014, 10.30 bis 16.00 Uhr

www.migration-online.de/2014_Tagung_Anerkannt

Mehr Stellen für Finanzkontrolle Schwarzarbeit

Mindestlohn

Ab dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland der allgemeine Mindestlohn. Dessen Einhaltung soll die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) überwachen – eine Einheit des Zolls. Die Bundesregierung will laut dem internen Entwurf zum Haushalt 2015 insgesamt 1.631 zusätzliche Planstellen schaffen. Gleichzeitig

wird zum 1. Oktober die bisherige Trennung der Abteilungen für Präventions-, Prüfungs- und Ermittlungstätigkeiten bei der FKS aufgehoben. Schon mehrfach hatten DGB und Gewerkschaften die Aufstockung der Stellen gefordert.

Derzeit verfügt die FKS über knapp 7.000 Planstellen. Auf der Kampagnenplattform change.org haben

Aktivisten derweil eine Petition gestartet, damit die Bundesregierung noch mehr Kontrolleure einstellt. „Gegen Lohndumping helfen keine warmen Worte, sondern nur die Härte des Gesetzes und Kontrollen“, heißt es im Aufruf.

www.change.org/p/bundesregierung-aufstockung-der-fks-finanzkontrolle-schwarzarbeit-beim-zoll

Miese Ausbildung verschärft Mangel

Fachkräfte

Ein Jahr nach der Öffnung des Arbeitsmarkts für beruflich qualifizierte Fachkräfte aus nicht-europäischen Staaten sind nur 170 solche Fachkräfte nach Deutschland gekommen. Die Engpässe in besonders gefragten Qualifikationen hätten sich trotz

Anstrengungen aus Politik und Wirtschaft „kaum entschärft“, klagt deshalb die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Der DGB weist derweil in seinem „Ausbildungsreport“ 2014 auf den Zusammenhang zwischen Fachkräftemangel und Versäumnissen bei der Ausbildung hin: „Besetzungsprobleme gibt es meist in den Berufen, die massive

Probleme mit der Ausbildungsqualität haben. Es ist doch kein Zufall, dass gerade jene Branchen auch über Fachkräftemangel klagen“, sagte DGB Bundesjugendsekretär Florian Haggenmüller.

www.dgb.de/presse/++co++c1b90eb8-3403-11e4-b972-52540023ef1a



Arbeitslosen droht Ausweisung

Freizügigkeit eingeschränkt

Einreisesperren, Fristen für Arbeitsuchende, Strafverhängungen – mit diesen Maßnahmen will die Bundesregierung die Migration aus Südosteuropa eindämmen. Im Winter hatte die CSU mit dem Slogan „Wer betrügt, der fliegt“, Front gegen vermeintliche „Armutsmigration“ aus Bulgarien und Rumänien gemacht. Ende August verabschiedete das Kabinett den Bericht einer Staatssekretärsrunde zu dem Thema und brachte gleichzeitig ein Gesetzespaket auf den Weg. EU-Zuwanderern soll demnach im Fall von Betrug befristet die Wiedereinreise verboten werden. Das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche soll zudem auf sechs Monate beschränkt werden – außer bei konkreter Aussicht auf Erfolg. Härter bestraft werden soll, wer sich eine Aufenthaltserlaubnis durch falsche Angaben erschleicht.

Der DGB kritisierte, die Bundesregierung setze sich „nicht mit Fragen des Missbrauchs der Arbeitnehmerfreiheit, der Dienstleistungsfreiheit und der Niederlassungsfreiheit als Folge ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse auseinander“. Auch Lohn- und Sozialversicherungsbetrug durch Arbeitgeber, die Vermittlungspraxis und die menschenunwürdige Unterbringung von Werkvertrags- und Saisonbeschäftigen zu horrenden Mietpreisen blende die Bundesregierung aus, heißt es in einer Stellungnahme. Dabei, so der DGB, sei das Angewiesensein von EU-Bürgern auf staatliche Leistungen „Folge solcher Arbeitsverhältnisse“.

Auch für die Verschärfung der Strafvorschriften gebe es „keine ausreichende Grundlage“. Das vorschlagene Strafmaß einer Freiheitsstrafe von bis zu

drei Jahren für eine Einreise trotz Einreiseverbot sei unangemessen. Insgesamt, so der DGB, seien die geplanten Maßnahmen „angesichts der geringen Zahl an Missbrauchsfällen unverhältnismäßig“.

Ende August wurde bekannt, dass die Bundesregierung offenbar keine Belege für einen Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Zuwanderer hat. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage heißt es, dass die „bei Weitem überwiegende Mehrzahl“ der EU-Bürger, die nach Deutschland zuziehe, „ihr Freizügigkeitsrecht in Übereinstimmung mit den gelgenden nationalen und europäischen Regeln ausübt“.

www.dgb.de/themen/++co++c2c428f2-2dd1-11e4-8835-52540023ef1a

Bundesregierung hält an Sprachtests fest

Ehegattennachzug

Die Bundesregierung will nach Angaben des Inneministeriums weiterhin Sprachnachweise verlangen, wenn ein ausländischer Ehepartner nach Deutschland zieht. Nur in Härtefällen soll auf den Nachweis einfacher Deutschkenntnisse verzichtet werden. Als Härtefall gelte etwa, wenn der Betroffene trotz ernster Bemühungen auch nach einem Jahr durch die

Sprachprüfung fällt. Seit 2007 müssen ausländische Ehepartner grundlegende Deutschkenntnisse nachweisen, wenn sie nach Deutschland ziehen wollen. Im Juli hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) diese Praxis beim Nachzug türkischer Ehepartner als rechtswidrig eingestuft. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, kritisierte die Härtefallregelung. Es dürfe „nicht vom Bestehen eines Deutschtests abhängen, ob Eheleute ein ge-

meinsames Leben in Deutschland führen können. Diese Absurdität müssen wir überwinden“. Die migrationspolitische Sprecherin der Linkspartei im Bundestag, Sevim Dagdelen, nannte die Härtefallprüfung eine „inakzeptable Missachtung des Europäischen Gerichtshofs“ und einen „exekutiv organisierten Rechtsbruch“. Sie forderte, die „menschrechtswidrige Beschränkung des Ehegattennachzugs insgesamt zu beenden“.

Serie von Brandanschlägen auf Moscheen

Islamhass

Fünf Mal in nur drei Wochen haben Unbekannte Brandanschlägen auf Moscheen in Deutschland verübt. In Bielefeld setzten unbekannte Täter innerhalb von acht Tagen in zwei türkischen Kulturvereinen Koranexemplare in Brand. In Berlin war am 11. August der noch im Bau befindliche Anbau der Mevlana-Moschee in Brand gesetzt worden. Die Polizei geht von vorsätzlicher Brandstiftung aus. Ende Juli war auf

die Synagoge in Wuppertal ein Brandanschlag verübt worden. Brandanschläge auf Moscheen, Synagogen und Kirchen seien immer auch „ein Anschlag auf das Zentrum der Gesellschaft“, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel bei einem Besuch der Mevlana-Moschee. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, forderte mehr Polizeischutz.

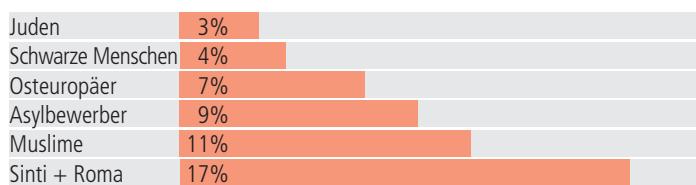
Unter dem Motto „Muslime stehen auf gegen Hass

und Unrecht“ haben die vier im Koordinationsrat der Muslime (KRM) vertretenen islamischen Religionsgemeinschaften für den 19. September zu Mahnwachen in sieben Städten aufgerufen. „Wir erhoffen uns durch das Vorleben eines friedvollen Miteinanders in Deutschland auch eine positive Signalwirkung auch auf die Konfliktherde im Nahen Osten“, sagte der KRM-Sprecher Ali Kizilkaya.

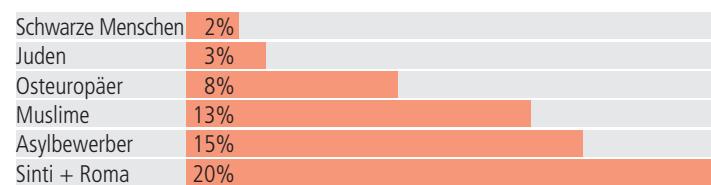
www.koordinationsrat.de

Ablehnungs-Rekord – Vorurteile gegen Sinti und Roma

Welche gesellschaftlichen Gruppen sind Ihnen „sehr unsympathisch“?



Diese gesellschaftlichen Gruppen wären mir in der Nachbarschaft „sehr unangenehm“:





Eine Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung

© Universität Hamburg



Gastkommentar von Anke Grotlüschen, Professorin für lebenslanges Lernen an der Universität Hamburg.

7,5 Millionen Menschen in Deutschland können nicht gut lesen und schreiben. Das ist das Ergebnis der „Leo Level One“-Studie. Die Betroffenen gelten als so genannte funktionale Analphabeten.

Sie können oder konnten einst durchaus ein bisschen lesen, allerdings nur einzelne Sätze. Und sie bringen auch einen Satz auch zu Papier, wohlweislich mit Fehlern. Die Mehrheit arbeitet, gründet eine Familie und erinnert die Schulzeit als gar nicht so schlecht. Doch sie verdienen sehr wenig, bekleiden aber die anstrengendsten und langweiligsten Arbeitsplätze. Wer befördert wird, steht vor der Herausforderung, mehr Papierarbeit zu leisten. Wer Kinder in die Schule schickt, muss sich eingestehen, ihnen nicht helfen zu können. Wer den Lebenspartner verliert oder älter wird, muss sich allein durch Steuerformulare, Bankkonten, Gesundheits- und Rentenpapiere kämpfen. Jetzt wird die geringe Kompetenz zum tatsächlichen Problem. Insbesondere von Weiterbildung sind Betroffene ausgeschlossen. Lediglich Staplerscheine, Gefahrgutführerscheine, Arbeitssicherheitsschulungen werden besucht – oder Integrationskurse, wenn es sich um Eingewanderte handelt.

Das klassische Vorurteil lautet sodann: Alle, die Grundbildung benötigten, seien doch wohl Migrantinnen und Migranten – so skizziert und kritisiert die High Level Group of Literacy Experts im Jahr 2012 die verbreiteten Stereotype. In Europa dürfte es vermeintlich Erwachsene mit Grundbildungsbedarf ja gar nicht geben. Nun trifft dieses Vorurteil in keinem Industrieland zu, auch nicht in Deutschland. Grundbildungsbedarf findet sich bei 7,5 Mio. Menschen, von denen die Mehrheit zunächst einmal Deutsche sind und auch Deutsch als Erstsprache gelernt haben. Nichtsdestotrotz ist die Gruppe der

Menschen mit Migrationserfahrung oder -hintergrund überproportional vertreten. Genau genommen spielt aber nicht die Wanderung die entscheidende Rolle, sondern die Sprache.

Die Sprache wird offenbar in Kindheit, Jugend und jungem Erwachsenenalter besser erworben als in höherem Erwachsenenalter. Das liegt möglicherweise daran, dass diese Personengruppen dem deutschsprachigen Bildungssystem ausgesetzt sind und sich daher rascher anpassen müssen als die Erwachsenen, in deren Arbeitswelten nicht immer eine gute Unterstützung des Deutschspracherwerbs gegeben ist.

Darum ist es auch nachvollziehbar, dass diejenigen, die in höherem Lebensalter nach Deutschland migrieren, im Durchschnitt schlechtere Literalitätswerte aufweisen als diejenigen, die als Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene nach Deutschland gezogen sind.

Innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationserfahrung und abgeschwächt auch in der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund sind erhebliche Anteile von Personen zu verzeichnen, die deutliche Grundbildungsbedarfe haben. Es ist insofern wichtig, hier einen Schwerpunkt zu setzen und auch weiter zu forschen. Es kann sinnvoll sein, eine kommende Leo-Studie hinsichtlich des Themenfeldes Migration detaillierter zu gestalten und entsprechend differenzierter auszuwerten. Andere Weiterbildungsangebote als die Sprachkurse werden von dieser Personengruppe, in der Migration und geringe Literalität zusammenkommen, kaum wahrgenommen. Aber auch die Teilnahme an Deutschkursen ist unbefriedigend gering – vielleicht fehlt es an Bewusstsein und am Selbstvertrauen, den Lernanforderungen auch standhalten zu können.

Einige neuere Tools stehen für Vertrauensleute und Lehrende zur Verfügung, die spielerisch ihre Klientel mit dem Leo-Test konfrontieren möchten: Die „Leo“-

App ist sowohl für das Telefon als für Tablets verfügbar. Die Apps sind gratis und werbefrei.

So kann ein Bewusstsein geschaffen und Neugier geweckt werden. Für substanzelle Verbesserungen ist dann aber doch ein systematischer Bildungsgang angezeigt. Das kann über die Portale „ich-will-lernen.de“ oder „ich-will-deutsch-lernen.de“ bis hin zu finanzieller Grundbildung, Gesundheitsbildung, digitaler Grundbildung bis hin zu politischer und damit auch gewerkschaftlicher Grundbildung reichen. Nicht zu vergessen sind die Angebote des Schriftspracherwerbs für Zugewanderte auf Basis des Zuwanderungsgesetzes.

Vielerorts reichen aber die Stundenkontingente nicht aus für die sichere Beherrschung der deutschen Sprache und Schrift. Hier fehlt es an Propädeutika und an Anschlusskursen, auch im Betrieb. Nötig wäre eine Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung. Sie könnte und müsste das nötige gesellschaftliche Klima dafür herstellen.

Prof. Anke Grotlüschen ist Mitverfasserin der LEO-Studie zur Größenordnung des Analphabetismus und Mitglied im Beirat des DGB Projekts Mento – Ausbildung und Implementierung von Lernberaterinnen und Lernmentorinnen und Sensibilisierung arbeitsweltlicher Akteure für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

